

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Insertionspreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Reichsregierung unter der Vormundschaft Bayerns.

Berlin, 8. Februar. In der gestrigen Sitzung des Reichstags ist — wie der *Post-Zeitung* zu berichten weiß — eine Beschlusfassung über die in London einzunehmende Haltung Deutschlands nicht erfolgt, da zunächst die Stellungnahme der bayerischen Regierung abgewartet werden soll.

In München aber, so weiß die *L.-V.* zu melden, liegen die Dinge folgendermaßen:

Der für den 7. Februar nachmittags angesetzte bayerische Ministerrat, in dem Ministerpräsident v. Kahr seinen Bericht über den Verlauf der Berliner Ministerkonferenz mit der Reichsregierung erstatten sollte, ist verschoben worden. Es steht zunächst noch nicht fest, wann der Ministerrat zusammentreten wird, voraussichtlich aber heute nachmittag. Die Verschiebung der Sitzung erfolgte wegen der Abwesenheit eines Ministerratsmitglieds. In Berlin, wo Ministerpräsident Dr. v. Kahr auf Grund des Ministerratsbeschlusses und der Besprechung mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien den bayerischen Standpunkt vertrat, konnte keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung die Ansicht vertrat, daß in der Entwaffnungsfrage nachgegeben werden soll, während die bayerische Regierung der Ansicht ist, daß zunächst die Londoner Konferenz abgewartet und festgestellt werden soll, was sich dort, und zwar nicht nur in der Entwaffnungs-, sondern auch in der Reparationsfrage erreichen läßt. Im heutigen Ministerrat wird Ministerpräsident Dr. v. Kahr über diese grundsätzliche Meinungsverschiedenheit Bericht erstatten, dann werden Besprechungen mit den Koalitionsparteien des Landtags stattfinden, die dann ihrerseits wieder zur Sachlage Stellung zu nehmen haben.

Auch das bayerische Zentrum, die Bayerische Volkspartei, macht jetzt gegen die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr mobil, obwohl ihre Vertreter der Erklärung zugestimmt haben, die die Regierungsparteien im Reichstag am 2. Februar abgaben und worin die Erfüllung der ersten Forderung versprochen wird. Nun aber diese Vertreter nach Bayern zurückgekommen sind, haben sie offenbar eine andere Stimmung vorgefunden, der sie nun schleunigst Rechnung tragen. Sie geht so weit, daß der Reichsregierung der Kampf angeblasen wird für den Fall, daß sie in der Entwaffnungs- und Auflösungsfrage der sogenannten Selbstschutzzorgansformationen nachgeben will. Der Freiheit wird darüber aus München geschrieben:

„Die Situation ist seit Freitag umgeschlagen. Die Bayerische Volkspartei hat durch eine Kundgebung die Zustimmung zur Entwaffnung zurückgezogen und gleichzeitig Berlin den Kampf angeblasen. Die Ausführungen stellen ein Meisterstück sophistischer Sophisterei dar und drehen die von Schiffer abgegebene Erklärung ins direkte Gegenteil um. Es heißt unter anderem:

„Daß die von Schiffer abgegebene Erklärung nicht im Sinne eines Zurückweichens der Reichsregierung in der Einwohnerwehrfrage gedeutet werden darf, geht schon daraus hervor, daß die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu dieser Erklärung gegeben hat. Unsere Reichstagsfraktion, der die Auffassung der bayerischen Regierung und der bayerischen Landtagsfraktion bekannt ist, hätte nie ihre Einwilligung zu einer Erklärung gegeben, welche irgendwem an dem vorläufigen Weiterbestehen unserer bayerischen Einwohnerwehren rütteln würde. Der Außenminister Simons hat in seiner Erklärung angekündigt, daß er demnächst mit den Länderregierungen nochmals Rücksprache wegen der Entwaffnung vorsehen will. Soweit es die bayerischen Einwohnerwehren anbelangt, so darf diese Neuerung wohl nur so aufgefaßt werden, daß sich der Außenminister noch einmal von der unverlässlichen Auffassung der bayerischen Regierung überzeugen will, um ein entsprechendes Argument für seine Antwort an die Entente zu besitzen. Eine Reichsregierung, die in diesem Punkte vor ihrer eigenen, öffentlich vor aller Welt vertretenen Auffassung leicht abzuweichen würde, würde eine Spannung zwischen Bayern und dem Reiche hervorrufen, die unfagbar kurzzeitig wäre in einer Stunde, wo Deutschland wie ein Mann dastehen muß.“

Dieser Umfall der Bayerischen Volkspartei schafft eine vollständig neue Lage, weniger für Bayern — denn hier hat man keine andere Stellungnahme erwartet — als für das Reich und die Reichsregierung. Mit herein gefallen sind nur die nordbayerischen Demokraten, die unter der Voraussetzung reiflicher Zustimmung zur Schiffer'schen Erklärung die gemeinsamen Kundgebungen mit dem bayerischen Zentrum veranstaltet haben. Die christlichen Gewerkschaften aber haben sich am 29. Januar in einer Konferenz in München von der Heimischen Politik der Bayerischen Volkspartei losgesagt.

Wie kam es nur zum Umfall, der für den Bestand der Bayerischen Volkspartei keineswegs gleichgültig ist? Denn der 29. Januar bedeutet die Kampfanzeige der christlichen Arbeiter gegen die reaktionäre Zentrumspolitik in Bayern und der Umfall selbst die Unterordnung unter das Diktat von Ornesch und — Moskau. Der Nationalist Eicherich und der Kommunist Graf bestimmen zur Zeit die Münchner (nicht die bayerische) Politik. Und die Bayerische Volkspartei sitzt zusammen mit dem Herrn v. Kahr nicht über in den Kesseln. Sie hat nicht nur das Reich, nicht nur Nordbayern, sondern ein gut Teil der eigenen Parteigenossen gegen sich.“

Altsächsische Spektakelstücke in München.

München, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung der *L. V.*) Die Münchner Nationalisten haben dem Liebeswerben der Kommunisten Folge gegeben. So hat in einer Versammlung der Redner der national-sozialistischen Partei, Herr Hitler, den Ausdruck ge-

tan, lieber sähe er 500 000 Gewehre in den Händen der Kommunisten, als daß sie an die Entente ausgeliefert würden.

Zu der Demonstration, die am Sonntag auf dem Museumsplatz unter der Führung des Obersten Exlander stattfand, waren, wie wir heute erfahren, die Mitglieder der Einwohnerwehr besonders eingeladen. Auch bei anderen nachfolgenden Demonstrationen in München, bei denen Vergnügenslokale gestürmt wurden, und die Entente-Kommission beauftragt worden ist, haben die Mitglieder der Einwohnerwehr eine besondere Rolle gespielt.

Das französische Konsulatschloß in München beschädigt.

München, 8. Februar. (T.U.) Wie die *München-Neuburger Abendzeitung* meldet, wurde in der Nacht zum Sonntag das Konsulatschloß, das an einem Anwesen in der Steindorfer Straße angebracht ist, in dem sich das französische Konsulat befindet, durch Hammerhiebe beschädigt. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Die Arbeiterschaft Dresdens und die Ententeforderungen.

In acht überfüllten Versammlungen, die gemeinsam von der USF, der SPD. und dem Gewerkschaftsverband für den vergangenen Sonntag einberufen worden waren, nahm die Dresdner Arbeiterschaft zu den Ententeforderungen Stellung. Sie ipfekt in einer Entschlieung, worin an die Solidarität der Arbeiterschaft aller Länder appelliert wird, die mit dahin wirken soll, daß die unerfüllbaren Ententeforderungen zurückgewiesen werden.

Amerikanischer Vorschlag.

Wie der Frankfurter Zeitung aus Newyork gemeldet wird, hat Senator France eine Resolution vorgelegt, die die Vereinigten Staaten einlädt, auf eine Herabsetzung der von den Alliierten in Paris vorgeschlagenen Entschädigungssumme hinzuwirken. Die englischen Blätter melden nun, daß France dem Senat auch den Entwurf der Vorschläge unterbreiten werde, die Amerika machen soll. Sie lauten im einzelnen:

1. Herabsetzung der deutschen Entschädigungssumme auf 1 Milliarden Dollar oder 28 Jahreszahlungen von 1 Milliarde Dollar, von denen jede das Kapital und die anwachsenden Zinsen darstellt.
2. Gewährung eines Kredits an Deutschland in Höhe von 5 Milliarden Dollar im Hinblick auf seine Kolonien und die Kabel, die während des Krieges weggenommen wurden.
3. Vollmacht zum Ankauf von Kolonien und Kabel durch die Vereinigten Staaten für die genannte Summe von 5 Milliarden Dollar, die gegen die Schuld der Alliierten an Amerika in Zahlung genommen würde.

Sonach bleiben die Vereinigten Staaten der Durchführung des Versailler Friedensvertrages gegenüber nicht so neutral, wie es in den letzten Monaten geblieben hat. Wenn dem Senat die Resolution vorliegt, so muß er Stellung nehmen, und damit engagieren sich die Vereinigten Staaten an der Durchführung des Friedensvertrages.

Klassenjustiz in Württemberg.

Nach einer Meldung aus Stuttgart verurteilte das dortige Schwurgericht neun Arbeiter zu insgesamt 4 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis, weil sie im Generallstreik vom August vorigen Jahres versucht haben, die Eisenbahner zur Teilnahme am Kampfe zu bewegen.

Dem Prozeß liegen Vorgänge zugrunde, die sich im Sommer vorigen Jahres im Zusammenhang mit dem Generallstreik in Stuttgart abgespielt haben. Den Anlaß zu dem Streik gab bekanntlich die wegen der Verweigerung des Steuerabzugs erfolgte militärische Besetzung verschiedener Großbetriebe in Stuttgart und seiner Umgebung. Im Verlauf des Streiks hatten die Angeklagten die Stilllegung des Betriebes auf dem Kornweilheimer Bahnhof durchgeführt. Sie wurden deshalb jetzt wegen schweren Hausfriedensbruchs, Nötigung und Bedrohung von Beamten, sowie wegen Beschädigung von Bahnanlagen und Transportgefährdung zu den gemeldeten Strafen verurteilt.

Die Arbeitsdienstpflcht in Rußland.

Berlin, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung der *L. V.*) Laut Verfügung des russischen Kommissariats für Arbeit unterliegen der Arbeitsdienstpflcht alle Personen, die in Rußland oder im Ausland eine landwirtschaftliche, ökonomische oder Forstlehranstalt bis zu Ende besucht oder einen Landmesserkursus durchgemacht haben, alle Personen, die mindestens 2 Jahre die Stellung eines verantwortlichen Leiters in der Land- und Forstwirtschaft bekleidet haben, ferner alle Studenten, die vier Semester der entsprechenden Lehrgänge absolviert haben und sich im Hochschulstudium befinden.

Bayern, Frankreich und das Frankkapital.

In München wird um den Besitz Europas gekämpft. Erstickt nicht, hiederer Spießbürger, der du hinter deiner Maß wieder deine Weiswürste und dein Geschick vergehrt kannst; Straßenschlachten stehen nicht in dem Programm und sozialistische Sozialisierungsverordnungen und Räterepublik auch nicht. Von diesem Kampf merkt du nichts, Philister im Hofbräu und Bettschwester in der Petzstraße; der wird im Regina Kasinohotel und in Villa X und im Schloß Y und ähnlichen feudalen Stätten ausgekämpft. Aber es geht dabei doch wie in einem wirklichen Kräftezug; es gibt manchen, der dadurch zum schmerzreichen Mann wird; auch der Krieg im Frieden produziert Gewinner.

Uebersaupt sind die Zukunftsaussichten für Bayern in mancher Beziehung besser als für die übrigen deutschen, besonders für die nördlichen Landesteile. Frankreich bemüht sich, den Transitverkehr von West- nach Osteuropa unter Ausschaltung Preußens über Süddeutschland zu lenken; die geplanten Verbindungen zwischen Rhein und Donau können diese Tendenz nur noch verstärken. Und die direkten und indirekten Verkehrsmaßnahmen beanspruchen auf der Aktivseite der bayerischen Bilanz einen ziemlich breiten Raum.

Fehlt allerdings noch die Industrie. Dafür mangelt es bisher vielfach an den bevölkerungspolitischen Voraussetzungen. Dem Bauern droht noch nicht die Gefahr der Proletarisierung. Der Warenbedarf konnte größtenteils von auswärts gedeckt werden. Vielleicht am meisten wirkte jedoch einer Erweiterung der Industrie der empfindliche Mangel an Kohlen entgegen; der Bezug von Ruhr- und Saarkohle war umständlich und teuer. In all dem wird die Zukunft Wandel schaffen. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird Bayern auf gewisse Industrien eine lebhaftere Anziehungskraft ausüben, sobald man erst damit begonnen hat, die reichen Wasserkräfte, die reichsten in ganz Deutschland, zur Kraftzeugung auszunützen. „Walchensee“ und „Mittlere Jar“ werden voraussichtlich nur der Anfang dieser Entwicklung sein. Damit verbindet sich natürlich eine bevölkerungspolitische Verschiebung in der Richtung auf diese neuen Kraftquellen hin, die sich im weiten Umkreise bemerkbar machen wird.

Die Elektrifizierung und Industrialisierung Bayerns wird einige Milliarden Mark als Anlagkapital beanspruchen. Das Kapital wird sich aber ver-zinsen und, worauf alle Anzeichen hindeuten, gut verzinsen, und reichlicher Gewinn wird den Aufwand an Gold und Mühe lohnen. Ja, wird er! Siehe, die Eier, die hier die Kapitalisten auf die neue Beute stützen!

Seit Monaten hat der Reichstag die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Sozialisierung der Wasserkräfte in Händen. Wir sind die letzten, die von „regierungsseitiger“ Sozialisierung etwas halten. In Bayern hätte man wenigstens die Probe aufs Exempel machen können. Aber in Bayern wurden die Wasserkräfte vom Privatkapital „sozialisiert“.

Man bringt nicht mit Unrecht diese Transaktion mit dem Namen Stinnes in Verbindung. Stinnes, der Generaldirektor der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hütten-A. G., hat seine Hände heute überall. Er kauft oder „kontrolliert“ (das letztere Mandat ist viel weniger durchsichtig, bedarf keiner unangenehmen Dementis und erfüllt dabei denselben Zweck wie der direkte Kauf, der unter Umständen böses Blut machen könnte) Zeltungen, Zementwerke, Zellstoffabriken, Verkehrsunternehmungen; vor allem jedoch nimmt sich dieser Trutz der Elektro- und Schwermetallindustrie an. Die Angliederung der Siemens-Schuckert-Gruppe an Stinnes deutet darauf hin, daß der neue Elektro-Montanzkonzern im südlichen Deutschland eines seiner wichtigsten Tätigkeitsgebiete feht. Von Bayern ist nur ein Schritt hinüber nach Deutschösterreich. Hier steht Stinnes augenblicklich in Unterhandlungen mit der Regierung zwecks Erwerb der staatlichen Industriewerte bei Wien und Wiener-Neustadt. Es handelt sich hier um ein Milliardenobjekt, einen Kiesenbetrieb der Schwermetallindustrie, der erst während des Krieges eingerichtet wurde, daher völlig modern ausgebaut ist. Glaubt man wirklich im Ernst, daß der Stinnes'sche Soz'nas die Donauverehrprojekte und andres mehr entgangen sind? Und Stinnes verfolgt eine kluge Taktik; über die Presse führt sein Weg sowohl in die Direktorialgebäude privater Unternehmungen wie in die Kanäle des Staates.

Das Stinnesproblem hat aber auch noch eine internationale Seite. Die „Stinnesstrum“ ist kein exklusiv deutscher Vorzug. Von allen Seiten her laufen heute die Fäden des internationalen Kapitals in der amerikanischen Union zusammen, und Spanien, Amerika, der größten Finanzmacht, arbeiten heute überall auf der ganzen Erde vor allem in West- und Mitteleuropa. Das läßt sich natürlich nicht in allen Einzelheiten beweisen, meist dienen sich dem Beobachter nur Indizien, oft nur Symptome; die erst durch Kombinationen zu Indizien werden. Frankreich ist die europäische